

von
**Dominik
Hammann**

Winter is coming

Dominik Hammann koordiniert zur Zeit die Arbeit des International Peace Observers Networks (IPON) in Manila.

Was ist denn bitteschön auf den Philippinen los? Ein Verrückter, der offen zugibt, bereits getötet zu haben, dessen Wahlkampf von einem selbsternannten Sohn Gottes unterstützt wurde und der sich bei Hochzeiten den Bräuten als Geschenk anbietet, wird zum Präsidenten gewählt?

Bisher hatten es die Philippinen vor allem aufgrund von verheerenden Naturkatastrophen, oder gelegentlichen Entführungen von Ausländern in die Schlagzeilen der internationalen Presse geschafft. Doch dies hat sich seit den Präsidentschaftswahlen im Mai dieses Jahres grundlegend geändert. Berichtet wurde seitdem nicht nur über den von Duterte geäußerten, abscheulichen Witz über die Vergewaltigung einer australischen Missionarin, sondern auch über seine Beleidigungen gegenüber der Europäischen Union, dem amerikanischen Präsidenten oder dem Papst, den er als Hurensohn bezeichnete.

Nichtsdestotrotz genießt wohl der, als solcher deklarierte, »Krieg gegen Drogen« und die damit einhergehenden außergerichtlichen Tötungen den Löwenanteil der internationalen Aufmerksamkeit. Denn in diesem Zuge kam es seit Dutertes Amtsantritt im Juli bislang zu mehr als 4.800 Tötungen, 33.000 Inhaftierungen, sowie 760.000 Selbstanzeigen. Ganz abgesehen von den, aller Wahrscheinlichkeit nach erfolgreichen, Gesetzesinitiativen zur Wiedereinführung der Todesstrafe und zur Senkung des Strafmündigkeitsalters von 15 auf 9 Jahre. Es zeigt sich also schon jetzt, dass dunkle Zeiten auf das Land zukommen werden. Um es mit den Worten des Vorsitzenden der philippinischen Menschen-

rechtskommission, Jose Luis Martin »Chito« Gascon, zu formulieren: »Winter is coming«.

Beängstigende Parallelen

Für mich, als in den Philippinen lebenden Deutschen, drängen sich nicht erst seit Dutertes Hitler-Vergleich beängstigende Parallelen zum Nationalsozialismus in Deutschland auf. Die Verbreitung und der Konsum von illegalen Drogen (nachfolgend: »das Drogenproblem«) wird in der Rhetorik der Regierung oft als *Krankheit* bezeichnet, die die philippinische Gesellschaft infiziert hat und die es *auszumerzen* gelte. Drogenabhängige und im Drogengeschäft verwickelte Filipin@s wurden von Duterte als Untermenschen klassifiziert und zur Personifizierung des Bösen stilisiert. In der Sprache des von Duterte zum obersten Polizeichef berufenen Ronald »Bato« dela Rosa hört sich das dann so an: »Stattet ihnen [Anm. d. Autors: den Drogenbaronen] doch einen Besuch ab, gießt Benzin über ihre Häuser und zündet sie an, um eurer Wut Ausdruck zu verleihen!«

Als ich im April eine von Dutertes Wahlkampfveranstaltungen besuchte (s. Abbildung), wurden mir diese Parallelen sichtbar vor Augen geführt: 20.000 Anhänger kamen, jubelten und streckten ihren rechten Arm mit der, Duterte-typischen, geballten Faust gegen Himmel. Mir schossen Tränen in die Augen. Seitdem ist mir Martin Niemöllers Gedicht mit den Anfangsworten »*Als die Nazis die Kommunisten holten ...*« sehr präsent. Die so deutsche Frage *Was hät-*

Bacolod: Gänsehautmoment - Anhänger bekunden auf einer Wahlkampfveranstaltung ihre Unterstützung mit der Duterte-typischen Faust. Foto: Dominik Hammann, 2016



test du damals getan? war auf einmal nicht mehr so weit weg.

Das verlorene Schaf

Und so wie im Fall Martin Niemöllers und der Bekennenden Kirche, stellt sich auch hier die Frage nach der Positionierung der Kirche. Immerhin sind mehr als 80 Prozent der Filipin@s katholisch und die Kirche ein politisch relevanter und einflussreicher Akteur. Es ist schon eine Weile her, dass ich eine Bibel in Händen hielt, aber ich meine mich an eine Passage erinnern zu können, in der etwas vom Töten stand ... Kann nicht auch das berühmte Gleichnis vom verlorenen Schaf auf die derzeitige Situation übertragen werden? Ich möchte hier keine theologische Debatte entfachen, aber die Stimmen aus der philippinischen Menschenrechtsszene, die eine klare Positionierung und vehementes Handeln von der katholischen Kirche und ihren Oberhäuptern einfordern, werden zunehmend lauter.

Opportunisten & Schutzpatrone der Drogenkartelle

Natürlich organisiert sich auch Widerstand innerhalb der Zivilgesellschaft. Dieser ist jedoch, aufgrund überwältigender Beliebtheitswerte Duterte und einer generellen Akzeptanz des Vorgehens gegen das Drogenproblem innerhalb der philippinischen Bevölkerung, sehr schwach. Hinzu kommt, dass der allgemeine Menschenrechtsdiskurs parteipolitisch befleckt ist. Dies muss sich die philippinische Linke zum Teil selbst ankreiden. Einige, die jetzt am lautesten »Menschenrechtsverletzung« schreien, kommen aus dem Lager der abgewählten Regierung. Dagegen schweigen jene, die in den letzten sechs Jahren in der Opposition saßen und nun die Vorzüge des Mitregierens genießen. Dazwischen gibt es natürlich auch noch »echte« Menschenrechtsaktivisten, solche also, die schon immer an vorderster Front gegen Unrecht gekämpft haben, unabhängig davon aus welchem politischen Lager die Regierung kam.

Duterte hat es jedoch geschafft, die gesamte Menschenrechtsbewegung öffentlich dem politischen Lager der alten Aquino-Regierung zuzuordnen, sie als sog. *Yellowtards* zu diskreditieren und sie somit als Opportunisten zu denunzieren. Nach einem Interview, bei dem ich auf die besorgniserregende Entwicklung der Menschenrechtslage verwies, wurde ich in den sozialen Medien desselben Opportunismus bezichtigt (Interview mit Interaksyon vom 13.10.2016, siehe: <http://bit.ly/2g4FtvA>). Im selben Stil werden Menschenrechtsaktivisten von der philippinischen Regierung als Schutzpatrone der Drogenkartelle gebrandmarkt – plausibel aus der Sicht



jener, für die Menschenrechte kein absoluter Wert sind, denn welche anderen Gründe sollten Menschen haben, sich gegen das Töten von Drogenjunkies auszusprechen? Menschenrechte und die, die sich für sie stark machen, genießen derzeit kein hohes Ansehen innerhalb der Bevölkerung. Und so sieht sich der zivilgesellschaftliche Widerstand mit einem großen Problem konfrontiert: öffentliche Kritik an systematischen Verletzungen von Menschenrechten und dem Völkerrecht lassen den Präsidenten einigermaßen kalt.

Vor einer Polizeiwache in Baclaran, Metro Manila: Drogenabhängige – zum Abschuss freigegeben.

Foto: Niklas Reese, 2016

Alternativen & Debatten

Daraus folgt, dass es nun gilt, alternative Wege zu finden, der Welle an Tötungen Einhalt zu gebieten. Ein Ansatzpunkt wäre der Verweis darauf, dass das Drogenproblem weniger ein Sicherheits-, sondern vielmehr ein soziales Problem ist. Dementsprechend sollten Lösungsansätze nicht im Sicherheitssektor, sondern im sozialen Bereich gesucht werden. Das Problem müsste an den Wurzeln gepackt werden, d. h. Ausbau des Bildungswesens, Zugang zu Gesundheitsleistungen und vor allem Armutsbekämpfung.

Zudem steht die Frage im Raum, ob nicht auch rechtliche Schritte gegen die philippinische Regierung eingeleitet werden können: Um einen Fall vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag bringen zu können, müsste eine staatliche Systematik hinter den Tötungen und der Tatbestand eines »Verbrechens gegen die Menschlichkeit« nachgewiesen werden. Fälle aus anderen Ländern haben gezeigt, dass dies ein schwieriges Unterfangen ist. Nichtsdestotrotz hat die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs Fatou Bensouda hierzu bereits öffentlich Stellung bezogen und bekundet, die Entwicklungen in den Philippinen in den kommenden Monaten genauestens zu beobachten.



Kulturrelativismus oder Universalismus - das 2011 ins Leben gerufene internationale Logo für Menschenrechte gibt eine klare Antwort.

Bei der Auseinandersetzung mit internationalen Kontrollmechanismen beschäftigt man sich automatisch auch mit der Rolle, die die internationale Weltgemeinschaft in Fällen massiver Menschenrechtsverletzungen eines Staates einnehmen sollte.

Gerade dann kommen klassische Debatten wie der Streit zwischen Kulturrelativismus und Universalismus oder der Vorwurf des menschenrechtlichen Imperialismus wieder auf. Welches Recht haben der Westen und die Länder des globalen Nordens den Finger zu heben und Menschenrechte einzufordern? Haben Staatsoberhäupter wie Duterte Recht, wenn sie den Amerikanern, angesichts der Folterpraktiken in Guantanamo Bay und ausgelagerten Geheimgefängnissen, Heuchelei vorwerfen? Trifft dies nicht auch, angesichts der repressiven und menschenverachtenden Flüchtlingspolitik, auf die europäische Staatengemeinschaft zu? Natürlich werden solche Argumente häufig nur der Rhetorik halber vorgebracht. Trotzdem hat Duterte einen wunden Punkt getroffen, als er die Vereinten Nationen dazu aufrief, nicht nur die außergerichtlichen Tötungen in den Philippinen, sondern auch die Tötungen von Schwarzen in den USA zu untersuchen.

Die Rolle der internationalen Gemeinschaft

Trotz dieser Debatten stellt sich die konkrete Frage, wie sich die internationale Gemeinschaft im Fall der Philippinen verhalten soll. Die Antwort aus der Zivilgesellschaft fällt zumeist gleich aus: Menschenrechtsverteidiger*innen und Initiativen auf der lokalen Ebene unterstützen und auf der internationalen Ebene klare Kante zeigen und öffentlich Stellung beziehen. Menschenrechtsverletzungen müssen weiterhin sichtbar gemacht und staatliches Handeln eingefordert werden.

Die internationale Gemeinschaft kann diese Rolle aber nur dann glaubwürdig einnehmen, wenn sie unter Beweis stellt, dass sie die internationalen Standards, die sie von anderen Staaten einfordert, selbst respektiert und einhält. Das bedeutet insbesondere vor der allseits bekannten, eigenen Haustüre zu kehren: Sexismus, Rassismus und menschenverachtende Asylpolitik sind nur einige der Bereiche, mit denen westliche Staaten ihre eigene Position kompromittieren.

Auch durch die Fortführung wirtschaftlicher Zusammenarbeit büßen westliche Staaten an Glaubwürdigkeit ein. So erstrahlt die öffentliche Kritik der außergerichtlichen Tötungen durch die Europäische Union vor dem Hintergrund der Fortführung der Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit den Philippinen in einem neuen Licht.

Das soll nicht heißen, dass Staaten eine blütenweiße Menschenrechtsbilanz vorweisen müssen, um

internationale Standards in anderen Ländern einfordern zu dürfen. Im Gegenteil: Menschenrechtliche Kontrolle ist keine Einbahnstraße. Staaten, die sich auf der Anklagebank sehen, sollten sich eingeladen fühlen, auf Verletzungen des Völkerrechts durch andere Staaten aufmerksam zu machen. Die *Universal Periodic Review* des UN-Menschenrechtsrats, die für die Philippinen Anfang 2017 ansteht, ist ein solches Instrument. Schaffen wir es einen transparenteren, gleichberechtigteren und vor allem ehrlicheren Umgang mit Menschenrechtsverletzungen zu pflegen, erhöhen wir möglicherweise die Chancen auf positive Veränderungen.

Das Nagelbrett des Fakirs

Nun will ich noch auf die anfangs gestellte Frage zurückkommen: Nein, Duterte ist kein Verrückter und es gibt eine Vielzahl an Gründen dafür, dass das philippinische Volk ihn mit knapp 40 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt hat. Zu versuchen, sich anhand der medialen Schlagzeilen ein umfassendes Bild der politischen Geschehnisse im Land zu machen, wird der komplizierten, politischen Gemengelage nicht gerecht. Nein, es ist gar gefährlich.

Nachrichten wie die über den widerwärtigen Vergewaltigungswitz schockieren und genießen breite Aufmerksamkeit. Sie dominieren den öffentlichen Diskurs jedoch nur so lange bis die nächste Schlagzeile die Runde macht. Und so gewöhnen wir uns an skandalöse, schockierende und häufig diskriminierende und menschenverachtende Äußerungen. Wir werden immun und stumpfen ab.

Als die Tötungen nach den Wahlen im Mai losgingen, las man in den Zeitungen noch Namen, Geschichten und Hintergründe. Man sah ein Foto des Opfers und fühlte sich in die Lage der Familie hinein. Fünf Monate später haben wir eine Quote von mehr als 50 Tötungen pro Tag erreicht. Heute lese ich die Nachrichten und sehe nur noch Zahlen. Ein Freund und Kollege beschrieb dieses Phänomen wie folgt: »Dutertes Politik ist wie das Nagelbrett eines Fakirs. Ein Nagel sticht dich und tut weh, auf einem Meer an Nägeln aber sitzt es sich einigermaßen bequem.«

Wir müssen wieder zu dem Punkt zurückkehren, an dem uns der Tod eines Menschen verstörte, traurig und wütend machte. Wir dürfen uns von den Geschehnissen nicht abstumpfen und entmutigen lassen. Wir müssen Empathie neu erlernen. Wir müssen es schaffen, die Vielzahl an Opfern wieder als Menschen zu betrachten; Menschen mit Gefühlen, einer Geschichte, mit Familie und Freunden. Nur wenn wir es schaffen, dem einzelnen Menschenleben wieder Wert beizumessen, kann auch ein gesellschaftliches Umdenken stattfinden. ■